

# Calmer Wochenblatt

Nr. 290.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Veröffentlichungswert: 6 mal wöchentlich. Anzeigepreis: Die fluchtlose Seite 25 Hg. Resten 10 Hg. — Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Freitag, den 12. Dezember 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Postgebühr Mk. 4.50 vierteljährlich, Postbezugspreis Mk. 5.10 mit Postgebühr und Aufsatz.

## Das deutsche Material.

Die deutschen Aften über die Vorgeschichte des Krieges sind nunmehr der deutschen Öffentlichkeit übergeben worden. Da es sich um umfangreiche Bände von Aftenmaterial handelt, das kritisch durchgearbeitet werden soll, so ist es nicht möglich, bereits im Augenblick zu dieser hochpolitischen Publikation Stellung zu nehmen. Es sei uns indessen verattet, auf einzelne Aftenstücke hinzuweisen die bei einer späteren Kritik noch besonders beachtet werden müssen. Da ist zuerst eine Warnung des Fürsten Bismarck, die dieser am 16. Juli 1914 an den Reichskanzler richtete. Bismarck trat in diesem Bericht nicht für eine Preisgabe unserer österreichischen Bundesgenossen ein, er stellte aber die Frage, ob es sich empfehlen würde, Oesterreich in einer Politik zu unterstützen, die er als abenteuerlich ansah, da sie weder zu einer radikalen Lösung des ausgemworfenen Problems noch zu einer Vernichtung der großserbischen Bewegung führen würde.

Von Interesse ist weiter das Telegramm, das der Reichskanzler am 20. Juli an den Kaiser richtete, und in dem er sich gegen das Zustimmungstelegramm des Kronprinzen aussprach, das dieser in jener kritischen Zeit an den Oberbefehlshaber von Heeres, den Befehlshaber der Westfront, Des Reiches Schicksalsstunde" gefandt hatte. Der Reichskanzler hat ausdrücklich an den Kronprinzen ein besonderes Schreiben gerichtet, damit berartige Kundgebungen unterbleiben, die nur geeignet seien, die Politik der Reichsleitung zu kompromittieren und zu konterkarieren. Ein Telegramm des Kaisers an den Kronprinzen spricht eine sehr energische Sprache. Der Kaiser brachte zum Ausdruck, daß er mit aller Bestimmtheit erwarte, daß sich der Kronprinz, besonders jetzt bei der Spannung der Lage, überhaupt jeglicher politischen Äußerung Dritten gegenüber enthalten würde, die nur die amtliche Politik fördern würden.

Hingewiesen muß auch auf den Brief des Reichskanzlers an den Staatssekretär von Elsaß-Lothringen in Straßburg werden, in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß es im Falle eines österreichisch-serbischen Konflikts vor allem darauf ankomme, diese Auseinandersetzung zu isolieren. Endlich darf schon von vornherein auf die Telegramme verwiesen werden, die am 30. Juli zwischen Berlin und Wien gewechselt wurden. Im Telegramm 192, das Herr v. Bethmann-Hollweg an den Botschafter in Wien gerichtet hat, heißt es: „Wir stehen somit, falls Oesterreich jede Vermittlung ablehnt, vor einer Konflagration, bei der England gegen uns, Italien und Rumänien nach allen Anzeichen nicht mit uns gehen würden, und wir zwei gegen vier Großmächte ständen. Deutschland stiele durch Segnerschaft Englands das Hauptgewicht am Kampfe zu Oesterreichs politisches Prestige die Waffentat seiner Armee sowie seine berechtigten Ansprüche Serbien gegenüber, könnten durch Befehung Belgrads oder anderer Plätze hinführend gewahrt werden. Es würde durch Demütigung Serbiens seine Stellung im Balkan, wie Rußland gegenüber wieder stark machen. Unter diesen Umständen müssen wir der Erwägung des Wiener Kabincts dringend und nachdrücklich anheimstellen die Vermittlung zu den angegebenen ehrenvollen Bedingungen anzunehmen. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Oesterreich und uns eine ungememein schwere.“ Wir wollen das Gesamtwerk einstweilen einer Kritik noch nicht unterziehen. Aber die wenigen Proben zeigen was unsere Gegner uns bisher abgesprochen haben: den unerwarteten Friedenwille Deutschlands in den kritischen Tagen des Jahres 1914.

## Zur äußeren Lage.

### Die deutsche Antwortnote fertiggestellt.

Berlin, 12. Dez. Die nunmehr fertig gestellte deutsche Antwort wird sofort nach Genehmigung durch die zuständigen Stellen nach Paris abgehen. Die Fachkommission, die evtl. nach Paris entsandt wird, ist noch nicht zusammengestellt. Senator Petersen Hamburg hat eine Beteiligung an dieser Kommission abgelehnt. Die Meldung, daß Unterstaatssekretär v. Hanke der Kommission angehört werden würde, trifft nicht zu. — Dem „Deutscher Allgemeiner Zeitung“ nicht zu. — Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge betont die Note den Wunsch der deutschen Regierung, den Frieden baldigst in Kraft treten zu lassen, sowie die aufrichtige Bereitschaft der deutschen Regierung, zur Befriedigung der Schlichtungskommission beizutragen. — Wie die „Berliner Volkszeitung“ sagt, ist die Note gleich dem letzten Diktat Clemenceaus in der Form sehr höflich.

### Fürs dem Balkanum.

Berlin, 11. Dez. Aus dem Balkanum wird der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gemeldet, daß der Räumach der Eisernen Division und der Deutschen Legion sich infolge der schlechten Begebenheitsverhältnisse etwas herabgedrückt habe. Die Anfänge der Aktionen werden

wahrscheinlich heute abend oder morgen früh die deutsche Grenze überschreiten. Die heute oder morgen zurückkehrenden Truppenteile werden erst später nach dem Innern Deutschlands gebracht, da sie nach dem langen Fußmarsch und den Entbehrungen Ruhe gebrauchen. Sie werden in dieser Zeit zur Grenzicherung bereit stehen. — Die landwirtschaftlichen Organisationen sind wiederholt an die militärischen Kommandos herangetreten, ihnen landwirtschaftliche Arbeiter und womöglich Siedler zur Verfügung zu stellen. Es ist anzunehmen, daß die deutschen Truppen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen und deutsche Siedler werden. — Aus verschiedenen Nachrichten geht hervor, daß in den deutschen Teilen der Provinz Posen und in der Provinz Pommern eine gewisse Unruhe über Aufständischen der Polen herrsche, die sich im b Annunzio-Stille äußern könnten. Wie die „D. A. Z.“ hört, sind die Vorgänge, die der Unruhe zugrunde liegen, den ausländigen Regierungsstellen bekannt, die alle erforderlichen Maßnahmen gegen etwaige Unruhen getroffen haben.

(W.B.) Königsberg, 11. Dez. Die deutsche Legion hat Botocki in Stärke von etwa 500 Mann erreicht. Die Spitzen der Eisernen Division haben bei Bajorzen, Gotski und Belskanten in Gesamstärke von 6400 Mann die deutsche Grenze überschritten. Die Bahnlinie bis Botocki ist an die Litauer übergeben worden. Die Litauen betreiben die Straße Libau-Studl. General Klesel hat ausdrücklich zugesagt, daß die lettischen Truppen auch nach durchgeführter Räumung nach dem 13. Dezember die deutsche Grenze nirgends überschreiten werden.

## Belgische Kohlenforderungen für das besetzte Gebiet.

\* Essen (Ruhr), 11. Dez. General Michel, der Kommandant der von den Belgiern besetzten Zone, hat die deutsche Regierung benachrichtigt, daß er den Uebersehr deutscher Kohlen, die nach Holland ausgeführt werden, für das besetzte Gebiet fordere. Aus diesem Grunde ist die deutsche Kohleneinfuhr nach Holland von 200 000 To. auf 80 000 To. eingeschränkt worden.

## Belgien verlangt seine Milchhühner.

Brüssel, 11. Dez. Die Medizinisch Chirurgische Gesellschaft von Brüssel wendet sich in einer Resolution gegen den Versuch englischer Persönlichkeiten, die Milchhühner für Deutschland im Interesse der belgischen Kinder zu retten. Die Gesellschaft fordert auf, sich strikte an den Friedensvertrag zu halten. — In demselben Sinne äußert sich auch die Presse, obwohl man in Belgien genug Milch und Fleisch erhalten kann.

## Die meisten deutschen Handelschiffe in englischen Besitz.

London, 12. Dez. (Unterhaus.) Ein Abgeordneter fragte, welche Maßnahmen bezüglich der militärischen Operationen b Annunzio an der Wela getroffen worden seien. Bonar Law antwortete, diese Frage sei Gegenstand der Aufmerksamkeit Italiens und der Allierten. Er sei im Augenblick nicht in der Lage, mehr zu sagen. — Auf eine Anfrage erklärte der Unterstaatssekretär der Handelsmarine, daß bis zum 7. 12. 355 deutsche Handelschiffe mit einer Tonnage von 1 788 913 Tonnen an die Allierten abgeliefert worden seien. Von diesen Schiffen seien 230 mit 1 200 000 Tonnen in englischen Besitz gelangt.

## Dänische Propaganda in Nordschleswig.

\* Berlin, 12. Dez. In einer dänischen Agitationsversammlung in Schwabund h. Klensburg war es durch dänische Herausforderungen zu Ausschreitungen gekommen. Der Staatskommissar Röstert richtete infolgedessen einen Aufruf an die Bevölkerung, gegen die überhandnehmende dänische Propaganda in der Heimat sich zu wehren.

## Die polnischen Eindringlinge.

(W.B.) Berlin, 12. Dez. Der zukünftige polnische Oberpräsident von Westpreußen hat seinen Wohnsitz in Thorn genommen. — Bekanntlich wird durch Zuweisung des Weichselkorridors an Polen Ostpreußen von Westpreußen getrennt nach dem samosen Wilkonischen Selbstbestimmungsrecht.)

## Französische Schritte zur Abreise der amerikanischen Friedensdelegation.

(W.B.) Paris, 11. Dez. Im „Echo de Paris“ beschäftigt sich Bertinax mit der Abreise der Amerikaner und mit der Reise Clemenceaus nach London und sagt, es genüge zu wissen, daß sich zwischen England und Frankreich ein lebhafteres Gefühl der engeren Solidarität denn je geltend mache. Mit Amerika allerdings sei die Aufgabe schwieriger. — Saint Brice im „Journal“ stellt fest, daß man die verschiedensten Kombinationen ins Auge gefaßt habe, um die Amerikaner festzuhalten. Jetzt sei jede Hoffnung nach dieser Richtung ge-

schwunden und es sei kein Grund dafür vorhanden, die alte Methode zu ändern.

## Die Ausgaben Englands für das Heer.

(W.B.) London, 11. Dez. Die Budgetanschläge für die Armee sehen eine Ausgabe von 400 bis 405 Millionen Pfd. Sterl. vor. Unter den Fahren befinden sich zurzeit 962 000 Mann, wovon 403 000 Mann zur Rheinarmee gehören. Man glaubt, bis März 1920 die Zahl auf 3 500 000 Mann herabzusenken zu können. Die Unterhaltungskosten der Besatzungsarmee werden auf 153 Millionen Pfd. Sterl. veranschlagt. — (8 Milliarden jährlich allein für das Heer. Man muß sagen, die Angelegenheiten haben die Welt gut hinter Licht geführt mit ihrem Kampfgeschrei gegen den deutschen Militarismus.)

## Die englischen Freiheitsgrundzüge in der Praxis.

Berlin, 12. Dez. In Rotterdam wird dem „Berliner Lokalanzeiger“ gemeldet: Bei Gelegenheit der Bewilligung eines Kredits von 800 000 Pfund Sterling für die königliche britische Polizei in Irland wurde dem Unterhaus mitgeteilt, daß der Staatssekretär für Irland selbst vor kurzem knapp der Ermordung entgangen ist. Ein Ire habe auf ihn geschossen, als er sich in das Schloß begab. — 800 000 Pfund, das sind also 16 Millionen Mark. wunden die Engländer allein für die Zwecke der Unterdrückung des irischen Volkes auf. Das ist das Prinzip der englischen Freiheit, von dem viele bei uns so geschwärmt haben.

## Volles Einvernehmen zwischen Frankreich und England.

Paris, 12. Dez. Clemenceau hat sich auf Einladung Lloyd Georges nach London begeben zur Prüfung der Lage, wie sie sich aus dem Inkrafttreten des Friedensvertrags und aus der Haltung Deutschlands ergibt. Die beiden Regierungschefs stellten fest, daß zwischen ihnen über die besonderen Punkte volles Einvernehmen herrsche. Sie prüften hierauf Frankreich und England interessierende Fragen, über die sie zu einem vollständig zufriedenstellenden Resultat gelangten. Heute werden sie Fragen, die allgemeine Interessen von England, Frankreich und Italien betreffen, besprechen, wobei auch der gegenwärtig in London weilende italienische Minister des Aeußeren zugegen sein wird.

## Ein neues Friedensangebot der Bolschewisten an die Entente.

(W.B.) Kopenhagen, 12. Dez. Der Gesandte der russischen Sowjetregierung hat dem hiesigen Reuterskorrespondenten mitgeteilt: Wir haben den Vertretern der allierten Mächte in Kopenhagen und anderen Orten die Abschrift einer Resolution zusammen mit einem Begleitschreiben überreicht, das ihnen mitteilt, daß die Resolution als reelles Friedensangebot angesehen werden solle und daß er ermächtigt sei, Verhandlungen über Zeit und Ort für die vorgeschlagene Konferenz einzuleiten. Die Resolution, die am 5. Dezember von dem 7. Allrussischen Sowjetkongress einstimmig angenommen wurde, ist von dem Präsidenten des Kongresses, Palinin, unterschrieben und besagt u. a.: Der Kongress bekräftigt seinen unabänderlichen Wunsch nach Frieden und schlägt noch einmal allen Ententemächten vor, sofort Friedensverhandlungen zu beginnen. Er ermächtigt den Volkskongress, den Rat der Volkskommissare und das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten, diese Friedenspolitik systematisch fortzuführen und alle erforderlichen Maßnahmen zu ihrer Durchführung zu treffen.

## Die amerikanischen Flottenrüstungen.

(W.B.) Amsterdam, 11. Dez. „Times“ meldet aus New York, daß die amerikanische Flottenleitung in einem Memorandum darlegt, daß es, wenn nichts Endgültiges mit Bezug auf die allgemeine Abrüstung geschehe, die Politik der Vereinigten Staaten sein müsse, eine Kriegesflotte zu besitzen, die wenigstens so stark sei, wie die stärkste und größte Flotte irgend einer anderen Nation der Welt. Es bestche der Plan, die neue Flotte bis 1925 fertigzustellen und sie im Stillen und im Atlantischen Ozean aufzutreten zu lassen. — (Wilson aber zog bekanntlich gegen den deutschen Militarismus ins Feld. Daß Amerika die größte Flotte haben müsse, das konnte jeder Amerikaner schon vor zehn Jahren von jedem Amerikaner hören. Vom amerikanischen Imperialismus hat man aber in Deutschland nie etwas von dem Kriege gehört; das brauchte ja das Volk nicht wissen, wie es überhaupt über auswärtige Politik nicht aufgeklärt wurde.)

## Die Geschäftsinteressen der Amerikaner in Mexiko.

Washington, 11. Dez. (Reuters.) Innerhalb dreier Monate sind drei Noten an Mexiko gerichtet worden, in denen gegen eine Einmischung in die amerikanischen Petroleumunternehmen in Mexiko und gegen den mangelnden Schutz dieser Unternehmen durch die mexikanischen Behörden Einspruch erhoben wird. Mexiko

hat alle diese drei Noten nicht beantwortet. Eine Abordnung der Petroleumgeschäftleute in den Vereinigten Staaten suchte den Vorsitzenden des Schiffsrechtsamts auf und erklärte, unter der Herrschaft Garzañas habe die Petroleumerzeugung in Mexiko so gut wie aufgehört.

### Balfour über den Frieden.

(W.B.) London, 11. Dez. Balfour sagte heute in einer Rede: Wenn auch der Frieden mit unserem Hauptgegner noch nicht formell abgeschlossen ist, so kann er doch so gut wie gewiss angesehen werden.

### Ein Engländer über die Haßpolitik der englischen Regierung.

Amsterdam, 10. Dez. Wie englische Blätter vom 8. Dezember melden, hielt das Parlamentsmitglied Kenworthy eine Rede in Jullington, in der er sagte, seit Abschluß des Waffenstillstandes hätten Lloyd George und seine Bundesgenossen Haß und Krieg in Europa geschürt. Noch immer werde der Haß und die Rache gegen Deutschland gepredigt. Die britische und die französische geheime auswärtige Politik sei darauf aus, die deutsche Republik in den Augen des deutschen Volkes herabzusetzen und es der militäristischen und royalistischen Partei in Deutschland zu erleichtern, die Macht an sich zu reißen. Dies komme daher, weil Curzon, Balfour, Churchill und ihre Partei im Kriegssamt und im Auswärtigen Amt die Demokratie haßten und fürchteten und Deutschland lieber unter dem Kaiser sähen, als als demokratische Republik. — Kenworthy dürste sich über die Absichten seiner Regierung doch etwas im Unklaren befinden. Der englischen Regierung ist es total gleich, wer in Deutschland am Ruder ist, die Hauptsache ist doch, Deutschland wird politisch und wirtschaftlich ruiniert.

### Englands Interesse an der deutschen Republik.

London, 9. Dez. Reuter meldet aus dem Unterhaus: In Beantwortung einer Anfrage sagte Bonar Law: Die gegenwärtige deutsche Verfassung bestimmt, daß der deutsche Staat eine Republik sei und daß die Wiedereinsetzung der Hohenzollern ausgeschlossen sei. Falls aber nach der Ratifikation des Friedensvertrages das deutsche Volk seine Verfassung abändern wolle, so müßte die Haltung der britischen Regierung im Einvernehmen mit den Verbündeten Großbritanniens erwogen werden. — Mit andern Worten: Das deutsche Volk hat auch bezüglich der Regelung seiner inneren Angelegenheiten nichts mehr zu sagen.

## Ausland.

### Holländische Hilfe für Wien.

(W.B.) Amsterdam, 11. Dez. Der Amsterdamer Gemeinderat hat beschlossen, einen Zug mit Lebensmitteln im Werte von 100 000 Gulden nach Wien zu entsenden.

### Italienische Hilfe für Wien.

(W.B.) Rom, 11. Dez. Ein erster Sonderzug von Wien nach Mailand wird demnächst die bedürftigen Wiener Kinder zum Aufenthalt in Italien bringen. Die Initiative zu diesem Hilfswerk wurde von den Gemeinderäten von Mailand, Bologna, Reggio Emilia und Alessandria ergriffen und fand bei der italienischen Regierung günstige Aufnahme.

### Unversöhnlichkeit der belgischen Sozialisten.

(W.B.) Brüssel, 11. Dez. Der sozialdemokratische Justizminister van der Velde erklärte einem Vertreter des „Matin“, die belgischen Sozialisten seien ebenso national, wie die andern Parteien. Sie hätten jedes Einvernehmen mit den deutschen Sozialisten abgelehnt. Er mit Anseer sei der Ansicht gewesen, daß unter gewissen Bedingungen die alten Beziehungen mit der Internationale, also auch mit den deutschen Sozialisten hätten wieder angeknüpft werden müssen. Aber die Arbeitermasse hätte sich dem widersetzt und die Führer hätten nachgeben müssen.

### Das englische Fremdengezet.

Rotterdam, 11. Dez. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Im Oberhaus wurde das Fremdengezet bei der zweiten Lesung trotz des energischen Widerstands der Regierung beträchtlich abgeändert. Lord Balfour sprach sehr überzeugend gegen die Verfolgung der Fremden. Der Vorkämpfer hielt zwar eine gehässige Rede gegen die Deutschen, mußte aber schließlich den Paragraphen, in dem die Ausweisung von früheren feindlichen Untertanen geregelt wird, mildern. Auch der Paragraph, der das Gesetz, wenn nötig auch auf andere als frühere feindliche Untertanen anwendet, fällt weg.

## Deutschland.

### Die Beratung der Umsatzsteuer im Steuerauschuß.

Berlin, 11. Dez. Bei der 2. Beratung des Umsatzsteuergesetzes im Steuerauschuß der Nationalversammlung wurde die Inzertatensteuer auf 10 Proz. festgesetzt. Dieser Satz ermäßigt sich jedoch auf einen Antrag Waldstein hin auf 2 Proz. für die ersten 100 000 M. der gesamten Inzertateneinnahme, auf drei Proz. für die nächsten 100 000 M. und so weiter bis 9 Proz. Nach einem Antrag Dr. Spahn (3.) wurde die Plakatsteuer auf 5 Prozent festgesetzt. Die Hotel- und Deposteuer beträgt 10 Prozent, doch kommen bei der ersten bei einem Tagesentgelt bis zu 5 Mark nur bere allgemaine Steuerfuß von 1½ Prozent zur Anwendung.

### Der Reichsverband der deutschen Industrie gegen das Notopfer.

Berlin, 11. Dez. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat in der heutigen Sitzung seines Hauptauschusses einhellig folgende Entschlüsse angenommen: Der Hauptauschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie verzahrt sich nachdrücklich gegen die übereilte und planlose Art, in der die Regierung versucht, die erforderlichen Steuerlasten des deutschen Volkes zu erheben. Die deutsche Industrie ist von der Notwendigkeit größter Opfer für die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit des Reichs und für die Erfüllung der Friedensbedingungen überzeugt und durchaus bereit, auch schwere

Abgaben von Besitz und Einkommen zu leisten. Sie muß aber nochmals eindringlich davor warnen, daß diese Abgaben, wie es im Reichsnotopfer und in den neuen Steuergesetzentwürfen der Fall ist, die ganze deutsche Wirtschaft blutiger und die Gesundheit unserer Produktionskräfte unnötig machen. Es ist völlig unrichtig, daß sich die Vertreter der deutschen Industrie für das Reichsnotopfer und gegen die Zwangsanleihe ausgesprochen hätten. Entschuldigend für die Stellungnahme der deutschen Industrie gegen das Reichsnotopfer ist aber nicht sowohl seine Steuerwirkung, als vielmehr die Tatsache, daß auch heute noch keine Sicherheit für die Verwendung des Ergebnisses zum Nutzen der Reichsfinanzen besteht. Solange damit gerechnet werden muß, daß dieses Ergebnis von den Gegnern lediglich als Abschlagszahlung auf eine hohe, noch unbestimmte Entschädigungsforderung in Anspruch genommen wird, kann einem solchen Eingriff in den Bestand unseres Produktionskapitals nicht scharf genug widersprochen werden.

### Aus dem Betriebsrätegesetz.

Berlin, 11. Dez. Im Betriebsräteauschuß der Nationalversammlung wurde aufgrund eines sozialdemokratischen Antrags das Wahlalter auf 18 Jahre festgesetzt. Wählbar zum Betriebsrat sind Arbeitnehmer beiderlei Geschlechts von 24 Jahren an.

### Die Attentate im bayerischen Landtag.

Berlin, 11. Dez. Nach den Abendblättern sagte im Münchener Prozeß wegen der Morde im Landtage Justizminister Dr. Müller (Meining) als Zeuge u. a. aus: Am 21. Februar, früh 8 Uhr, hat mir Auer mitgeteilt, daß es ihm am vorhergehenden Abend gelungen sei, Eisener zu einem Attentat zu bewegen. Mir fiel Auers merkwürdiger Optimismus auf. Wir ändern sind an jenem Tage in den Landtag mit dem Bewußtsein gegangen, daß wir unsere Haut zu Markte bringen. Als wir für unsere Angehörigen um Karten für die Sitzung baten, hieß es, diese hätte der Revolutionäre Arbeiterrat schon alle. Lindner legte direkt auf Auer an und schob dann auch auf die anderen Minister. Ich hatte den Eindruck, als ob er die ganze Ministerbank abschleifen wollte. Mit Lindner war ein zweiter Mann gekommen, der mit einer großen Waffe in der Richtung zielte, wo Diesel stand. Es schien, als hätte man es auf ein allgemeines Massaker abgesehen. Bei dem Attentat hatte man den Eindruck, daß es sich um eine planmäßige Aktion handelte. Auf die Frage des Staatsanwalts, welche Einflüsse das Attentat auf die parlamentarischen Zustände gehabt habe, sagte der Zeuge, eine völlig vernichtende.

### Unbegründete Befürchtungen.

Berlin, 11. Dez. Die aufgetauchten Nachrichten über angebliche neue Putschversuche von Kommunisten entbehren, wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, jeder tatsächlichen Grundlage. So gehören namentlich Schilderungen von Einzelheiten, wie etwa über Uebungs- turs, Bildung von Kampftruppen und ähnliches ins Reich der Phantasie.

### Amerikanische Liebesgaben.

Berlin, 11. Dez. Der Reichspräsident empfing heute eine Kommission der methodistischen Episkopalkirche von Amerika, die zur Zeit Mitteleuropa in der Wüste bereit, ihr schon jetzt bedeutendes Hilfswerk daselbst noch weiter auszubauen. Die Kommission berichtete Herrn Ebert über ihre in den schwer geprüften Ländern, insbesondere in Deutschland, gewonnenen Eindrücke. Der Reichspräsident sprach der Kommission den tiefgefühlten Dank des deutschen Volkes für die bereits in so reichem Maße von den amerikanischen Methodisten hier eingegangenen, durch das deutsche Rote Kreuz verteilten Liebesgaben aus, die in fast allen Gauen des Reichs zur Bänderung der Not beigetragen hätten. Gleichzeitig wies er darauf hin, daß der Besuch der amerikanischen Geistlichen das allmählich zwischen den vormalig feindlichen Völkern neu entstandene Wohlwollen sichtbar zum Ausdruck bringe. — Wenn wir bedenken, daß es schließlich die Amerikaner waren, die den Krieg verlängert und den Zusammenbruch Deutschlands herbeigeführt haben, so bekommen diese Liebesgaben für uns einen sehr, sehr bitteren und giftigen Nachgeschmack.

### Nationale Einigkeit in Ostpreußen.

Berlin, 12. Dez. Eine Volksversammlung in Löben, in der der preußische Ministerpräsident Hirsch sprach, gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung für nationale Einigkeit. Nach dem Vortrag des Ministers ließen nacheinander die Deutsch Nationalen, die Deutsche Volkspartei, die Deutsch-Demokraten, die Christliche Volkspartei und die Mehrheitssozialisten erklären, daß sie sich in der Stunde der Gefahr sämtlich hinter die Regierung stellen würden und daß sie einig in dem Willen seien, Ostpreußen deutsch zu erhalten.

### Sfacher Raubmord.

Berlin, 11. Dez. In Gransee in der Mark ist, wie die „B. Z. a. M.“ meldet, der Abdeckerbesitzer Koller mit seiner Frau und seiner erwachsenen Tochter in seinem etwa 25 Minuten von der Stadt entfernten Gehöft von unbekanntem Täter ermordet und aller Wertsachen beraubt worden.

## Aus Stadt und Land.

### Beihilfe für die städt. Beamten und Arbeiter.

Der Gemeinderat beschäftigte sich gestern nachmittag unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner mit dem Gesuch der städtischen Beamten und sonstigen Angestellten um Bewilligung einer Beihilfe. Die Beamten und Angestellten haben den Wunsch geäußert, wenigstens ¼ der Beihilfezulage für die Staatsbeamten zu erhalten. Der Vorsitzende teilte mit, er habe den Beamten erklärt, daß über die Notwendigkeit der Beihilfezulage kein Zweifel bestehe, aber gleichzeitig habe er auch auf die außerordentlich schwierige Finanzlage der Stadt hingewiesen, weshalb die Verwaltungskommission, die sich mit der Angelegenheit zu befassen hatte, sich nur für zwei Drittel der staatlichen Sätze habe entschließen können. Der Aufwand beträgt für die Beihilfezulage 11 800 M. für die Kinderzulage 1800 M. Die Zulagen wurden genehmigt.

Auch die städtischen Arbeiter und Notstandsarbeiter haben um Wohnverbesserung und Gewährung einer Beihilfe nachgesucht. Sie haben in einer Versammlung beschlossen, folgende Anträge an die Stadtverwaltung zu stellen: Erhöhung der Stundenlöhne um 50 Pfennig, sobald Gewährung einer Beihilfezulage von 500 M. für Verheiratete, 400 M. für Ledige über 21 Jahren, 300 M. für Ledige unter 21 Jahren. Die Forderungen wurden damit begründet, daß die Steigerung aller Lebensmittel das Einkommen mit einem so geringen Lohn unmöglich mache. Die Anschaffung von Kleidern und Schuhen sei nicht möglich; auch hätten sich die Arbeiter mit den ihnen zustehenden Lebensmitteln für den Winter nicht eindecken können. Die Eingabe ersucht um wohlwollende Behandlung der Wünsche, im Hinblick auch auf die Berücksichtigung entsprechender Arbeiterwünsche in anderen Städten. Der Vorsitzende erklärte, daß die Berücksichtigung der Forderungen in diesem Umfang einfach ausgeschlossen wäre. Nach den Vorschlägen der Stadtverordneten würde die Beihilfezulage entsprechend den geforderten Sätzen 30 400 M., die Lohnverbesserung 80 400 M. betragen. Das läme einem Ruin der städtischen Finanzwirtschaft gleich. Ueber die Beihilfezulage gebe es natürlich keinen Zweifel, aber auch ein sehr großer Teil der Einwohnerschaft könne sich bei den jetzigen Preisen keine neuen Kleider und Schuhe anschaffen und sich mit Lebensmitteln voll eindecken. Nicht zu leugnen sei weiter, daß bei den städtischen Arbeitern und Notstandsarbeitern die Kleidung schneller kaputt gehe. Aber die Stadtverwaltung sei eben darauf angewiesen, auch den Gesichtspunkt der finanziellen Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen. Der Mehrheitsantrag sei nicht mehr auf die Umlage abzuwälzen. Um die Kosten aufzubringen, würde man wahrscheinlich die Ausführung der Panoramaträfte unterlassen müssen, und dann gezwungen sein, einen großen Teil der Notstandsarbeiter auf die Erwerbslosenfürsorge hinzuweisen. Ein großer Teil der Bevölkerung würde sich außerdem bedanken, wenn ihm in Form von weiteren Steuern und Erhöhung der Gas- und Elektrizitätspreise neue Lasten aufgebürdet würden. Es gebe auch sehr viel Einwohner (kleine Rentner, Pensionäre usw.), die ebenfalls in recht dürftigen, wirtschaftlichen Verhältnissen leben, und die diese neuen Lasten nicht verstehen würden. Die Verwaltungskommission habe in Berücksichtigung der städtischen Finanzlage folgende Vorschläge gemacht: Eine Beihilfezulage von 500 M. für Verheiratete, die mindestens 12 Monate im Dienste der Stadt stehen, eine solche von 400 M. für Ledige mit selbständiger Haushaltung und Ledige über 25 Jahren, eine solche von 250 M. für Ledige unter 25 Jahren und Ledige ohne selbständige Haushaltung. Bei einer Dienzeit unter 1 Jahr soll die Beihilfe entsprechend gekürzt werden. Die Beihilfe soll je hälftig am 15. Dezember und 1. Februar ausbezahlt werden. Entsprechend den Vorgängen beim Staat soll ebenfalls dafür Sorge getragen werden, daß die Staats- und Gemeindesteuern je hälftig vor Gewährung der Beihilfe bezahlt sind oder ihre Bezahlung sichergestellt ist. Neben der Gewährung der Beihilfezulage soll noch eine Wohnverbesserung durchweg um 10 Pfennig pro Stunde erfolgen, sobald die Notstandsarbeiter jetzt auf derselben Tartschöhe wie die Bauhilfsarbeiter stehen, und die städtischen Arbeiter keineswegs mehr hinter den hiesigen Fabrikarbeitern zurückstehen, besonders aber nicht nach Bezahlung der Beihilfezulage. Der Aufwand für die Lohnverbesserung beträgt 16 000 M. für die Beihilfezulage 17 170 Mark. Die Verwaltungskommission hat diese Vorschläge aber nur unter der Bedingung gemacht, daß ein großer Teil der Ausgaben durch Erhöhung der Gas- und Strompreise gedeckt wird, worüber sich der Gemeinderat sofort grundsätzlich schlüssig werden müsse. Wie der Vorsitzende zu dieser letzteren Frage bemerkt, sei eine weitere Erhöhung des Gaspreises um 10 Pfennig in Aussicht genommen, (was bei einem Verbrauch von 28 000 cbm. 28 000 M. ausmachen würde) und die Erhöhung des Preises für elektrisches Licht auf 80 Pfennig pro Kilowattstunde. Frau G. C. Conz meinte, ob man die Beihilfezulage für die jüngeren Leute nicht herabsetzen könnte. Die jungen Leute sollten mehr ans Sparen gewöhnt werden. Für Rauchen, Tanzen und Wirtschaftsbetrieb würden große Summen ausgegeben. Der Vorsitzende machte auch darauf aufmerksam, daß dieses Jahr eine große Anzahl außerordentlicher Ausgaben zu machen sei, weil alles teurer sei als die Voranschläge. Nach dem heutigen Stand komme der Bau der Gewerbeschule, der ursprünglich auf 29 000 M., später auf 39 000 Mark veranschlagt worden sei, auf 82 000 M. ohne Möbel. G. R. B. a. u. e. erklärte, nachdem der Staat in der Gewährung von Beihilfezulagen verangekommen sei, hätten die Stadtverwaltungen nicht zurückbleiben können. Aber die Beamten und Arbeiter könnten mit einer solchen Regelung, wie sie vorgesehn sei, zufrieden sein, denn es müßten auch die finanziellen Verhältnisse berücksichtigt werden. Die Abwälzung auf die Gas- und Elektrizitätspreise werde manchen Leuten sehr bitter aufstoßen. G. R. Scholl beklagte es, daß die Einkommensteuern nicht gerecht verteilt würden, namentlich hinsichtlich des Gewerbes. Der Vorsitzende wies schließlich noch auf die Gefahren der guten Bezahlung der Notstandsarbeiter hin. So sei es vorzuziehen, daß Arbeiter von hiesigen Unternehmern weglaufen, und dann als Notstandsarbeiter eintreten, weil sie bei der Stadt mehr verdienen. Auch könnte eine größere Anzahl in Pfortheim Beschäftigung finden, es werde aber die Reise gekürzt, weil man hier ausreichend bezahlt werde. Der Gemeinderat genehmigte die Vorschläge der Verwaltungskommission.

### Ein Gesetzentwurf zur Verfolgung von Kriegsverbrechen im Ausland.

Der Reichsrat hat einen Gesetzentwurf zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen im Ausland angenommen. Namentlich in den Ententeländern sind Zweifel geäußert worden, ob die deutsche Regierung mit der nötigen Tatkraft gegen Straftaten vorgehen werde, die von den Deutschen gegen feindliche Staatsangehörige begangen worden sind, namentlich auch im besetzten Auslande. Diese Zweifel sind unbegründet. Es erliegen der Regierung aber aus politischen Gründen zweckmäßig, dies vor aller Welt klarzustellen. Darum schlägt der Gesetzentwurf vor, diese Taten der Zuständigkeit des Reichsgerichts zu unterstellen und den Oberreichsanwalt zu verpflichten, dagegen einzuschreiten, auch wenn sie im Ausland begangen worden sind.)

**Rein Eisenbahnverkehr an den**

**Weihnachtsfeierlagen.**  
Der Eisenbahnverkehr auf den würt. Staatseisenbahnen wird während der kommenden Feiertage in der Weise ausgeführt, daß an den Tagen vor den Feiertagen der sonst für die Samstage gültige Fahrplan in Kraft tritt und die Feiertage selbst als Sonntage behandelt werden, an denen bekanntlich der Personenverkehr ruht.

**Weihnachtsfeier zu Gunsten der hungernden Erzegebirgskinder.**

Wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, findet am Sonntag nachmittag hier im Saale des „Waldhorns“ eine Weihnachtsaufführung zu Gunsten der hungernden Erzegebirgskinder statt. Zur Aufführung gelangt ein kleines Theaterstück „Weihnachten am Heidenstein“, dargestellt von hiesigen Kindern. Die Leitung und Einstudierung des Stückes hat in dankenswerter Weise Frau Landgerichtsrat Göbber übernommen. Das Stück ist sehr hübsch, sodaß den Besuchern, Jung und Alt, ein genußreicher Nachmittag versprochen werden kann. Die Pausen werden ausgefüllt durch musikalische Darbietungen hiesiger und auswärtiger Musikfreunde. Der Veranstaltung ist ein guter Besuch zu wünschen.

**Für die hungernden Kinder im Deutsch-Böhmischen Erzgebirge.**

Die an Mittelschullehrer Beck und Hauptlehrer Aichele hier teils unmittelbar, teils durch Schüler übermittelten Gaben haben bis jetzt den schönen Betrag von 1635,41 M. erreicht, außerdem konnten 2 Kinderhemden und 5 Paar Strümpfe abgehandelt werden, wofür das Würt. Hilfskomitee in Stuttgart, Immenhofer Straße 45, den freundlichen Spenden ein herzliches „Bergelt's Gott“ wünscht. Die einzelne Bezeichnung der Spender in einer öffentlichen Dankagung unterblieb mit Rücksicht auf die anfallenden Kosten.

**Berufsberatung.**

Die Aufgabe der kommenden Berufsberatung wird es sein, auf die Verchiebung der Kräfte auf dem Arbeitsmarkte ohne Zwang durch Raten und Taten so einzuwirken, daß in erster Linie wieder gerne gearbeitet, daß für die nächste Zukunft eine Hochflut drückender Konkurrenz so viel wie möglich vermieden und daß die Anbahnung eines normalen betrieblichen Wirtschaftslebens bestmöglichst gefördert wird. Jedermann, der sich für die hiebei zu lösenden pädagogischen und wirtschaftlichen Probleme interessiert, dem sei der Besuch des am Samstag, den 12. ds. mittags 3 1/2 Uhr im Georgenäum stattfindenden Vortrags bestens empfohlen.

**Erhöhung der Anfallrente.**

Die Nationalversammlung beabsichtigt eine 100 prozentige Erhöhung der Anfallrenten. Die ursprünglich ausgearbeitete Vorlage muß gründlich umgestaltet werden, da sich inzwischen eine Organisation der Rentempfänger gebildet hat, die der Regierung ihre Wünsche unterbreitet hat, denen man möglichst entgegenkommen will. Die Erhöhung der Renten soll ohne Rücksicht auf die Höhe der Rente selbst erfolgen, indem ein Zuschlag von 100 Prozent erfolgt. Die Rente soll also verdoppelt werden. Weiter wurde die Regierung ersucht, eine Vorlage einzubringen, um noch in diesem

Jahre den Unfallrentnern eine einmalige Aufwandsentschädigung gewähren zu können.

**Der Gesetzentwurf über die Beschäftigung von Kriegsbeschädigten.**

Im Reichsrat wurde gestern der Gesetzentwurf über die Beschäftigung von Kriegsbeschädigten angenommen, wonach jeder Arbeitgeber verpflichtet ist, einen Schwerbeschädigten, der für einen freigeordneten Arbeitsplatz geeignet ist, anderen Bewerbern vorzuziehen. Außerdem ist der Arbeitsminister ermächtigt, anzuordnen, daß private Arbeitgeber bestimmte Arten von Arbeitsplätzen, die für Schwerbeschädigte besonders geeignet sind, freizuhalten haben.

**Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammer.**

Auf Einladung der Handwerkskammer Ulm als Vorort der württembergischen Handwerkskammern haben sich heute in der Handwerkskammer Stuttgart die Vertreter der vier württembergischen Handwerkskammern, des Verbandes der Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen, sowie der Landesfachverband zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden. Handwerkskammersekretär Abg. Schuler-Ulm erstattete Bericht über die Ziele einer Arbeitsgemeinschaft. Nach vierstündiger Aussprache erklärten die anwesenden Vertreter sich bereit, alle das gesamte Handwerk oder die Einzelberufe betreffenden Fragen gemeinschaftlich zu beraten. Der jeweilige Vorort des Handwerkskammerlages soll zu den Sitzungen je nach Bedürfnis oder auf Wunsch der Verbände die Verammlung einberufen.

**Zum Streik in der Harmonika-Industrie.**

(S.W.) Trossingen, 11. Dez. Am 9. Dezember fanden vor dem Schlichtungsausschuss in Kottweil Verhandlungen zur Beilegung des Streiks statt. Eine Einigung wurde nicht erzielt und der Schlichtungsausschuss mußte einen Schiedsspruch fällen. Die Arbeitgeber erklärten, den Schiedsspruch nicht anzunehmen, weil er die Firma Hohner verpflichtete, die entlassenen Arbeiterauschmittglieder der Filiale Schömberg wieder einzustellen und die erhobene Privatklage wieder zurückzuziehen. Die Arbeit wird vorerst noch nicht ausgenommen.

(S.W.) Stuttgart, 11. Dez. Die Milchlieferung nach Stuttgart betrug im August ds. Js. noch rund 60 000 Liter, Mitte Oktober 38 000 Liter und ging zurück auf 20 000 Liter, sie ist jetzt wieder auf gegen 30 000 Liter gestiegen. Dies reicht aber nicht einmal zur Versorgung der Kinder unter 14 Jahren, der Leute über 70 Jahre und der Kranken und Anstalten aus. Dazu sind 40 000 Liter nötig. Da aber für die nächsten Monate mit steigender Milchknappheit zu rechnen ist, wird vom 1. Februar 1920 ab auch die Magermilch planmäßig auf die Milchgeschäfte verteilt. Die Neuorganisation der Milchverteilung und die beabsichtigte Beschränkung des freien Milchhandels hat die Milchhändler zu einem Protest gegen die Stadtverwaltung veranlaßt.

(S.W.) Stuttgart, 10. Dez. Der 32 Jahre alte Metzger und Pferdehändler Karl Zink kaufte im Oberamt Herrenberg 2 Ochsen für 5200 M. und schlachtete sie heimlich auf dem Cannstatter Wasen. Ein Teil des Fleisches wurde beschlagnahmt, ein anderer ohne Marken

abgesetzt, 2 Jtr. erhielt ein hiesiger Wirt, dem das Fleisch in einem Sack einfach in den Keller geworfen wurde. Der Wirt wurde freigesprochen, der Metzger vom Schöffengericht zu 4 Wochen Gefängnis und 500 M. Geldstrafe verurteilt.

(S.W.) Tübingen, 10. Dez. Die Kaufleute Christian und August Schmidt von Wilbad hatten von einer Firma in Mühlacker 40 Jtr. Tabak um 7.— M. das Pfund eingekauft und im Kettenhandel mit einer Preissteigerung bis zu 14 Mark weiter verhandelt. Ähnlich hatten sie bei 30 000 Zigarren im Kettenhandel einen Preisaufschlag von 25 bis auf 40 J erzielt. Das Amtsgericht Neuenbürg hatte sie deshalb jeden zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt und außerdem die Einziehung des Kettenhandelsprofits von 9000 M. angeordnet. August Schmidt war Kriegsteilnehmer. Die Geldstrafe wurde ihm durch die Amnestie erlassen. Ueber die Einziehung des Kettenhandelsgewinns von 9000 M. hatte die hiesige Strafkammer zu entscheiden. Nach ihrem Beschluß bleibt es bei der Einziehung.

(S.W.) Ravensburg, 10. Dez. Am Dienstag Vormittag fand vor dem hiesigen Rathaus eine Demonstration der Arbeiterschaft statt, die von den Arbeitern sämtlicher Betriebe vollzählig besetzt war. Der Protest richtete sich gegen die mangelhafte Butterversorgung und die Steigerung der Lebensmittel- und Bedarfsartikelpreise. Plakate mit Aufschriften gegen die Stadtverwaltung und den Oberamtsvorstand wurden im Zuge getragen. Unter lautem Schreien besetzte die Menge das Rathaus und forderte den Stadtvorstand zum Wort. Dieser erklärte, daß zur Genehmigung der 14 von den Arbeitervertretern unterbreiteten Forderungen die Einberufung des Gemeinderats notwendig sei. Nach längeren Verhandlungen und stürmischen Auseinandersetzungen der Arbeiterführer untereinander wurde vereinbart, den Gemeinderat nachmittags 2 Uhr zusammen zu rufen, der mit der Arbeiterkommission die Forderungen beraten sollte. Die Arbeiter verharren im Streik und beschloßen, nachmittags 2 Uhr wieder vollzählig vor dem Rathaus zu erscheinen.

**Kirchliche Nachrichten.**

Evangelische Gottesdienste.  
Sonntag (3. Advent), 14. Dezember: Dom Lärm: 1.1. Predigt: 133. „Komm' Himmelsfürst“. — 9 1/2 Uhr vorm.: Predigt, Dekan Zeller. — 1 Uhr: Christenlehre mit dem älteren Jahrgang der Töchter. — 7 Uhr: Weihnachtsfeier des Evangel. Jünglingsvereins im Vereinshaus. — Donnerstag, 18. Dez., 8 Uhr abends: Bibelstunde im Vereinshaus, Stadtpf. Schmid.  
Kath. Gottesdienste.  
Sonntag den 14. Dez. (3. Adventssonntag): 8 Uhr: Frühmesse mit Homilie. 10 Uhr: Predigt und Amt. 2 Uhr nachmittags: Andacht.  
Gottesdienste der Methodistenkapelle.  
Sonntag Morgen 10 Uhr und Abends 5 Uhr: Predigt.  
Sonntag Morgen 11 Uhr: Sonntagschule.  
Mittwoch Abend 8 Uhr: Bibelstunde.  
Druck und Verlag der A. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw. Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Selmann, Calw.

**Städtische Lebensmittel-Fürsorge.**  
Am Samstag den 13. ds. vormittags 9 Uhr wird auf der Freibank an den Buchstaben R Rindfleisch verkauft, das Pfund zu Mk 2. Leber, m. r. f. l. sind mitzubringen.

**Weihnachts-Markt**  
(Krämer-, Vieh-, Pferde- und Schweine-Markt)  
in Weilberstadt  
am Montag, den 15. Dezember 1919.

**Schneibrot**  
empfehlen  
Gottl. Riethammer,  
Marktplatz.

**Blechkannen, Weidenkörbe**  
sowie ein  
**Wirtschaftsbuffet**  
abzugeben  
Leinacher Industriewerke  
Leinachthal.

**Kerzen**  
in bester Qualität  
empfehlen  
Spar- u. Consumverein.  
**Liköre** 1/2 Flasche 8 Mk.

**Bettstelle**  
eine noch gutehaltene, eiserne  
und ein  
**Fischaquarium**  
Friedr. h. Widmann,  
b. Weinsteg.

**Spiritusflaschen.**  
Für jede leere Original-  
flasche vergütete ich Mk. 1.—  
Ch. Schlatterer.

**Ein Bett**  
oder 2 Haipfel (Schlauch mit  
Federn) gut erhalten zu kaufen  
gesucht. Dasselbst ist eine gut  
erhaltene  
**Gaslampe und**  
**2 Reisekoffer**  
zu verkaufen.  
Von nem, sagt die Geschäfts-  
stelle des Blattes.

**Forstamt Meistern.**  
**Nadelstammholz-Verkauf.**  
Am Samstag, den 20. Dezember 1919 vorm. 10 Uhr im Jägerhäusle in Wilbad aus Staatswald Abt 3 Blumenauer- teich, 8 Pflanzweg, 9. Eisenstube, 17. Schuhmichel, 30 Bord. Wald- hütte und Scheitholz: 15 Ff, 1456 To, 23 Fo mit Fm Lang- holz: 801 I., 521 II., 389 III., 76 IV., 35 V., 1 VI. Rf.; Sä- holz: 212 I., 153 II., 37 III. Rf. Losverzeichnis von der Forst- direktion, G. F. S., in Stuttgart.

**Verloren**  
ging auf dem Fußweg von Calw nach Hirzau eine

**Damenuhr.**  
Abzugeben gegen Belohnung  
Inselstraße 200.

**Kaffeemischung**  
(Bohnen u. Gerste)  
empfehlen  
Fr. Pfeiffer, Vorstadt.

**Korbseffel**  
zu kaufen gesucht. Angebote  
unter L. 20 an die Geschäftsstelle  
des Blattes.

Guterhaltene  
**Pianino**  
zu mieten gesucht.  
Näheres Ritterdrogerie.

**B. G.**  
**Samstag Abend**  
**Abstimmung.**

**Damen- oder Knaben- Ski,**  
passend, Weihnachtsgeschenk, preis-  
wert zu verkaufen.  
Wo, sagt die Geschäftsstelle  
des Blattes.

Sänger  
**Dachshund**  
(nicht unter 3 Monaten) zu  
kaufen gesucht.  
Angebote unter E. 100 an die  
Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

„Nissin“  
gegen  
**Kopfläuse**  
Nichts anderes nehmen!  
zu haben in der Neuen Apotheke

Im Auftrag gut erhaltene  
**Bettlade**  
gesucht.  
G. Müller, beim Lamm.

Montag, 15. Dez., mitt. 4 Uhr  
**P. K. o. Fr.**  
im Adler.  
Blüthenlesegesellschaft.  
Ein ordentliches, fleißiges, ehrliches  
**Mädchen,**  
welches Erfahrung im Haushalt  
hat, findet gute Stellung auf  
15. Dezember oder 1. Januar bei  
Frau Schmollinger, Bäckerin und  
Conditorei, Forzheim, Leopold-  
straße 15.

Heimshelm, D. A. Leonberg.  
**Mädchen-Gesuch.**  
Ein ehrliches Mädchen von  
16-18 Jahren, kann sofort oder  
auf 1. Januar eintreten, für Küche  
und Haushalt mit kleiner Land-  
wirtschaft. Familienanschluss.  
S. Beck, z. d. 3 Königen.

Sungge Kontoristin mit Kennt-  
nissen in allem Büroarbeiten,  
gibt in Stenographie u. Schreib-  
maschine in  
**Sahresstellung**  
gehört. Beste Gelegenheit zur  
weiteren Ausbildung geboten.  
Ausführliche Bewerbungen mit  
Zeugnisabschr., Gehaltsangabe bei  
vollständiger freier Station und  
frühest. Eintritt an  
Sanatorium Schwarzwald-  
heim Schömberg  
Station Liebenzell.

**Gewerkschaftskarteil**  
Samstag Abend 8 Uhr, bei  
Frau Metzger (Sandisch, Wirtsh.)  
**Karteil - Sitzung.**  
Erscheinen aller Delegierten ist  
dringend nötig. Der Vorstand.

**Mädchen-Gesuch.**  
Suche auf 1. Januar ein ordent-  
liches Mädchen für Haus und  
Beihilfe in der Landwirtschaft.  
Frau Frieß, Renningen,  
D. A. Leonberg.

Ein tüchtiger  
**Langholz-  
Fuhrmann**  
gesucht.  
Georg Gengenbach Söhne,  
Sägewerk, Hiltweissenstein,  
Telefon 372.

D. R. G. M. D. R. P. a  
**Gute Existenz**  
Verleihen Sie meinen Kohlen-  
sparer für Küchenherde  
bis 50% Kohlenersparnis  
(in jeden Herd leicht einzulegen)  
Muster gegen Nachnahme 10 Mk.  
Vertreter erhalten hohe Provision.  
J. Capellmann, Metallwerk,  
Köln, Maybachstr. 12,  
Telef. A 2429.

**Carl Kaelble, Backnang**  
Spezialfabrik  
der neuesten, selbstfahrenden  
**Brannholz-Säge und  
Spaltmaschine**  
auch zum Antriebe von  
Dressen, Mäse, Sägen, Schrot, u. dgl.  
usw. vorzüglich geeignet.  
- „Lorenz-Parkinson“ -  
Man verlange neueste Drucksache.

# Öffentliche Versammlung

am Samstag, 13. Dezember, abends 8 Uhr  
im Waldhornsaal mit

## Vortrag

von Herrn Obersteuerrat Koesler-Stuttgart über:

### „Finanz- und Steuer-Fragen“

Jedermann ist dazu freundlichst eingeladen.

Der Ausschuss der W. Bürgerpartei Calw.

## Kleinkinderschule Calw.

Allen, die in dem zu Ende gehenden Jahre unsere Schule unter-  
stützt haben, herzlich dankend, bitten wir zugleich um freundliche

### Gaben zur Weihnachts-Feier

am Montag, den 22. Dezember, nachmittags 4 Uhr. Zur  
Empfangnahme sind die Kinderchwester Marie Stöckinger und Frau  
Stadtpfarrer Schmid gerne bereit.

Den 11. Dezember 1919.

Für den Ausschuss: Stadtpfarrer Schmid.

## Zu Weihnachts-Geschenken

empfehle  
in grosser Auswahl,  
Gesangbücher, Gebet-  
bücher, Verlagsmeinnichte,  
Postkartenalben, Schreib-  
Alben, Kochbücher, Koch-  
rezeptbücher, Bilderbücher,  
Jugend-Schriften, Wandsprüche,  
feine Briefpapiere usw. usw.

C. Bub, Buchbinder, Salzgasse.

## Grösste und schönste Auswahl von Pfaff-, Gritzner-, Phönix- u. Titan- Nähmaschinen

finden Sie zu mässigen Preisen bei

Fr. Herzog, Calw.

Maschinenhandlung und Reparaturwerkstätte.

## Christbaumschmuck

in reicher Auswahl,

### Bilderbücher, Puppen.

Spar- und Consumverein.

## Ziehharmonikas,

ein-, zwei-, drei-, vier- und fünfreihige, das Stück von 20.- Mk.  
an; auch die bekannten echten Tiroler Bozener (gebrauchte und neue)  
sind sehr billig, alle können auf neue eingetauscht werden. Repara-  
turen werden innerhalb 30 Minuten erledigt, so dass Jedermann  
darauf warten kann, bei

Gebr. Hohnloser & Hohner,

Ziehharmonikamacher aus Bozen (Tirol), Pforzheim,  
Bergstrasse 27. Auf Wunsch erhält jeder Käufer Unterricht von  
Meisterpieler Hohnloser

Am Sonntag Nachmittag 4 Uhr  
findet im geheizten Saale des Waldhorns  
eine kleine

Weihnachtsaufführungz. Gunstend.

## Erzgebirgslieder

statt, wozu Jedermann herzlich eingeladen ist.

Karten sind in der Buchhandlung Gergel zu haben,  
wo auch das Programm zu lesen ist.

## Evangel. Jünglings-Verein Calw.

Der Verein hält seine

### Weihnachtsfeier

am 3. Advent, 14. Dez., abends 7 Uhr im Saal  
des Ev. Vereinshauses, wozu jedermann freunds-  
chaftlich eingeladen ist. Eintrittskarten zu 40 Pf sind  
von Samstag ab bei Herrn Hausmeister Rärcher  
und abends am Saaleingang zu haben. Die ver-  
ehel. Damen werden höflich gebeten, die Hülfe ab-  
zunehmen.

Für Kinder findet am Montag, 15. Dez.  
abends 7<sup>1/2</sup> Uhr eine Nach-Feier statt.  
Eintritt 20 Pf. Der Ausschuss.

## Militär-Verein Calw.

### Monats-Versammlung

Sonntag, den 14. ds., nachmittags 4 Uhr  
bei Kamerad Schab, zur „Jungfer“. Wichtige  
Besprechung. Es werden alle Ausmarschlerien ein-  
geladen. Der Vorstand.

## Aufgepaßt! Warme Winter-Schuhe

sind zu haben, auch treffen gute

Leberwaren ein.

Bestellungen auf gute Herren- und

Damen-Stiefel nehme ich entgegen Karl Stoll, Haggasse.

## Schrotmühlen mit u. ohne Siebovorrichtung Rübenscheider Brückenwagen Fleischräucher

Johs. Werner, Nagold,  
Telefon 111.



Ehe Sie einen  
Rang-  
Rosten

kaufen,  
verlangen Sie  
Katalog  
von  
Karl Dongus,  
Deckenspfonn.

Stärke, Borax, Seife,  
Seifenpulver, Fleischsoda,  
Waschblan, Stahl-Späne,  
Perkett-Linolenmilchse,  
Fußbodenöl, Maschin- u.  
Motoren-Öl, Schuhcreme,  
Schuhfett, Wagenfett

empfehlen  
Ch. Schlatterer

## Kerzen

(Wachs, Paraffin, Stearin)

### Erbölersag

eingetroffen

Mitterdrogerie Calw.

## Raffee

Frisch gebrannten

empfehlen  
H. Häußler, Kondi-  
torei, Bahnhofstrasse

## Weiss, Englands Politik u. Entwicklung.

Gehftet Mk. 1.60, gebun-  
den Mk. 2.40, erhältlich in  
den hiesigen Buchhandlgn.

## Ziegenfelle

70 Mark

### Rehfelle

32 Mark

### Winter-Feld- Hasenfelle 8 Mk.,

Obige Felle bezahle jetzt für  
große gutbehandelte Felle. Für  
Fuchs, Marder, Iltis,  
sowie alle anderen  
Felle  
allerhöchste Preise.

E. Maishofer,  
moderne Tierausstopferei  
Pforzheim, Lindenstrasse 52.  
Telephon 1501.

Kurzgefägte, trockenes

## Brennholz

kann sofort geliefert werden  
L. Rärcher, Sägewerk,  
Hirsau.

# Massen-Versammlung

aller Kriegsbeschädigten,

Kriegsteilnehmer, Kriegerwitwen und  
-Hinterbliebenen aus d. Oberamt Calw,

am Sonntag, den 14. Dezember, nachmittags  
2 1/2 Uhr, im Saale der früh. Brauerei Dreiß

Tagesordnung:

## Stellungnahme

zur neuen Bezirks-Fürsorgestelle.

Referenten: ein Vertreter des Württ. Arbeits-  
ministeriums u. Gausekretär Wagner-Stuttgart.

Hierzu werden die an der Bezirksfürsorgestelle interessierten Ver-  
einigungen (Württ. Kriegerbund, sämtlicher Arbeitnehmer- und Arbeit-  
geber-Organisationen) dringend eingeladen.

Von den Mitgliedern des Reichsbundes aller Ortsgruppen des  
Oberamts erwarten wir vollzähliges Erscheinen, wie überhaupt Jeder-  
mann eingeladen ist, dem an dem Wohl und W-He der unterstützungs-  
bedürftigen Bevölkerung des Oberamts Calw gelegen ist.

Freie Aussprache!

Reichsbund der Kriegsbesch., ehem. R. u. H.  
Bezirksleitung Calw, W. Eschard.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern:

Sahne (reiner kondens. Milch, Trocken-  
milch), Tee, Kakao, Schokolade, Kaffee,  
Sultaninen, Feigen, Mandel- und  
Zitronen-Extrakt, Vanillezucker, Ei-  
pulver, Backpulver, reine Gewürze,  
Natron, Triebfals, Liköre Fl. 8 Mk.,  
Grogg- und Punsch-Extrakt,  
Apfel, Birnen und Rüffe.

Spar und Consumverein Calw und  
Umgegend e. G. m. b. H. Telefon 158.

Schrotmühlen mit und ohne  
Siebovorrichtung,  
Futterschneidmaschinen, Rüben-  
scheider, Dreschmaschinen, Zug-  
mühlen, Brückenwagen sowie  
Transmissionen

empfehlen

Gg. Wackenhuth, Biergasse.

## Kunstfärberei Stuttgart

färbt und reinigt alles schön und gut.

Annahmestelle: W. Entenmann, Leder-  
str. 91.

Stoff zu einem Damen-  
oder Herrenmantel,  
sowie

Herrenwinterhemden

und ein Paar neue

Schnürschuhe,

Größe 20, billig zu verkaufen  
oder gegen Lebensmittel einzutauschen. Wo? Zu erfragen in  
der Geschäftsstelle des Vlaties.

Calw.

Ein Paar guterhaltene

Herren-Lackhalbschuhe, Nr. 40,

hat im Auftrag zu verkaufen  
Carl Fischer, Schuhgeschäft,  
Stuttgarterstrasse.

Schöne neue Fußböden  
erzielt man bei Anwendung der  
neuen Farbbohnermasse

## Lacka.

Zu haben im  
Spar- u. Consumverein.

## Reisetaschen, Rucksäcke

für Haus, Fabrik, Handwerk,  
Monteur, Maurer, Eisenbahner  
usw., aus Rindleder und Seidel-  
tuch kaufen Sie am preiswer-  
testen da eigenes Fabrikat, bei  
Karl Hoff, Zuffenhausen,  
beim Bahnhof, Ecke Kerk- und  
Willymstrasse, Telefon 144.